

Verteidigungs- und Sicherheitspolitik im Spannungsfeld zwischen Elitendiskurs und öffentlicher Meinung

Prof. Dr. Natascha Zowislo-Grünewald

Seit dem Ende des Kalten Krieges erfuhr die Bundeswehr eine Abrüstung unvorhersehbaren Ausmaßes. Das Ende der Blockkonfrontation schien die Realisierung einer Friedensdividende möglich zu machen, und in der Tat wurde die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands über alle Maßen reduziert. Schließlich sei Deutschland „von Freunden umzingelt“, wie Altbundespräsident Johannes Rau am 8. Mai 2005 in einem Interview mit dem *Tagesspiegel* sagte. „Von Freunden umzingelt“ war infolge die gefühlte sicherheitspolitische Grundsituation Deutschlands über mehrere Jahrzehnte hinweg. Noch 2015, ein Jahr nach der Annexion der Krim durch Russland, sieben Jahre nach dem Fünf-Tage-Krieg zwischen Russland und Georgien, gebrauchte der CDU-Abgeordnete Johann Wadephul in der Aussprache zu einem Unionsantrag anlässlich von 50 Jahren diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel in der Bundestagssitzung vom 7. Mai 2015 die folgenden Worte: „Es ist unser Glück, dass wir nach dem Fall des Eisernen Vorhangs von Freunden umzingelt sind, wie man so schön sagt.“¹ Verteidigungsfähigkeit war für die politische Öffentlichkeit in Deutschland nach der Wiedervereinigung kein relevantes Thema.

Ungeachtet der in den letzten Jahren allmählich zahlreicher werdenden Stimmen, die im Hinblick auf die mangelhafte Ausrüstung der Bundeswehr eine Stärkung der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands anmahnten, veränderte sich die herrschende Meinung unter den politischen Akteuren des Landes auch in den Folgejahren kaum.

Hieran änderte auch die spätestens mit Beginn der Amtszeit Donald Trumps als US-Präsident verstärkte Forderung nichts, das NATO-Ziel der Investition von zwei Prozent der Wirtschaftsleistung in die Verteidigung endlich auch in Deutschland umzusetzen.

Erst mit dem russischen Überfall der Ukraine deutet sich eine Zeitenwende an. Zumindest versprach Bundeskanzler Olaf Scholz eine solche in seiner Rede vom 27. April 2022. Neben der Verringerung der Abhängigkeit von fossilen russischen Energieträgern und der Unterstützung der Ukraine mit Waffen, wurde auch die Wiederherstellung der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands zentral: „Das Ziel ist eine leistungsfähige, hochmoderne, fortschrittliche Bundeswehr, die uns zuverlässig schützt. Ich habe bei der Münchner Sicherheitskonferenz vor einer Woche gesagt: Wir brauchen Flugzeuge, die fliegen, Schiffe, die in See stechen, und Soldatinnen und Soldaten, die für ihre Einsätze optimal ausgerüstet sind. Darum geht es. Und das ist ja wohl erreichbar für ein Land unserer Größe und unserer Bedeutung in Europa.“² Hiermit leitete Scholz die Ankündigung ein, mit einem Sondervermögen von 100 Milliarden Euro die Ausrüstungsmängel der Bundeswehr zu beseitigen und ab 2024 jährlich zwei Prozent der Wirtschaftsleistung für Verteidigung auszugeben.

Die Stärkung der Leistungs- und Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr ist ohne eine umfassende Digitalisierung der Streitkräfte nicht zu leisten. Sie ist die „wesentliche Grundlage für die Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit und Einsatzbereitschaft der Bundeswehr“.³ Ein Teilaspekt von Digitalisierung ist die Anwendung von Künstlicher Intelligenz (KI), auch im Kontext der Landes- und Bündnisverteidigung. Entsprechend dem aktuellen Digitalreport des European Center for Digital Competitiveness zählt Künstliche Intelligenz in der Wahrnehmung der deutschen Bevölkerung zu den wichtigsten digitalen Technologien der Zukunft.⁴ Der Politik wird auf dem Gebiet der Digitalisierung aber nur begrenzt Kompetenz zuerkannt. So halten aktuell nur 17 Prozent der Bevölkerung in Deutschland die Politik in diesem Punkt für kompetent. 2019 waren es noch 26 Prozent.⁵ In Anbetracht der Wichtigkeit dieses Zukunftsthemas ist dieser wahrgenommene Kompetenzverlust bedenklich.

Ohne Vertrauen in kompetente politische Parteien, Politikerinnen und Politiker, kann die Einführung neuer Technologien wie zum

Die feststellbare Zögerlichkeit Deutschlands in Fragen der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik hat seine Ursachen also eher in den Werthaltungen der Eliten und deren (falschen) Beurteilung der Bevölkerungsmeinung als in den tatsächlichen Werthaltungen der breiten Bevölkerung.

Beispiel Künstlicher Intelligenz mögliche Akzeptanzprobleme in der Bevölkerung verstärken. Grundsätzlich gilt in Deutschland Technik-skepsis als weit verbreitet. In den letzten Jahren hat diese Skepsis aber deutlich abgenommen. In den regelmäßigen Umfragen des Technikradars waren im Jahr 2017 noch 36 Prozent der Meinung, dass durch Technik langfristig mehr Probleme entstehen als gelöst werden. Bis 2021 ist dieser Anteil signifikant auf 23 Prozent zurückgegangen.⁶ Ebenso hat auch die Furcht vor unbeabsichtigten Nebenfolgen des Einsatzes von Technik abgenommen. Allerdings ist gleichzeitig der Anteil derjenigen stark angestiegen, die sich zu Fragen moderner Technologien nicht eindeutig positionieren können. Dies bedeutet, dass „ein wachsender Teil der Bevölkerung sich nicht (mehr) in der Lage sieht, eine klare Position gegenüber dem technischen Fortschritt einzunehmen“⁷. In Bezug auf den Einsatz von Künstlicher Intelligenz in technologischen Anwendungen, zum Beispiel im Rahmen der Stärkung der Leistungs- und Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr, bedeutet dies einen hohen Bedarf an Einordnung durch Fachleute und Politik, was entsprechende Sachkompetenz voraussetzt, die es zu vermitteln gilt.

Die Frage der gesellschaftlichen Akzeptanz von Verteidigungsfähigkeit kann nicht unabhängig vom russischen Überfall auf die Ukraine diskutiert werden, scheinen doch lange bestehende Leit motive in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik hierdurch erschüttert zu werden. Zudem sind die Haltungen und Meinungen in der deutschen Öffentlichkeit und ihrer politischen Repräsentantinnen und Repräsentanten gut geeignet, die verschiedenen Faktoren und Aspekte dieser Akzeptanz von Verteidigungsfähigkeit zu erörtern. In diesem Beitrag soll dabei vor allem diskutiert werden, welche grundlegenden Motive die bisherige Haltung Deutschlands befördert haben und wie stabil diese Motivlagen sind.

Vom unbeirrten Glauben an den Prozess der Zivilisation

Die von Bundeskanzler Olaf Scholz ausgerufene Zeitenwende verblieb bislang auf einer rhetorischen Ebene. Zumindest in Worten aber scheint die Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr in den Köpfen weiter Teile der deutschen Politik angekommen zu sein. Ein Indiz ist,

dass aus einer sich der Friedensbewegung nahe fühlenden Partei vielfach mit Vehemenz gefordert wird, diesen Worten auch Taten folgen zu lassen. Gerade der Grünenpolitiker Anton Hofreiter wiederholt vehement seine Forderung nach der Lieferung schwerer Waffen aus Deutschland an die Ukraine. Nach der russischen Annexion der Krim hatte er sich allerdings noch strikt gegen Waffenlieferungen ausgesprochen. In einem Interview mit dem WDR begründete er kürzlich diesen Meinungswandel damit, erst jetzt das tatsächliche Ausmaß der Bedrohung erkannt zu haben und dass er und seine Partei damals noch an eine Verhandlungslösung geglaubt hätten. Die osteuropäischen Staaten seien weniger blauäugig gewesen als Deutschland. Wir wären, so Hofreiter, „sehr gut beraten gewesen in Deutschland, schon in der Vergangenheit stärker auf unsere mittel- und osteuropäischen Partner zu hören und spätestens nachdem so deutlich geworden ist, wie oft wir uns geirrt haben, jetzt darauf zu hören“.⁸

Unabhängig von der Frage, wie nachhaltig sich die von Bundeskanzler Olaf Scholz ausgerufene Zeitenwende in der deutschen Realpolitik niederschlagen wird oder nicht, ist diese Veränderung in der politischen Rhetorik für sich genommen bereits eine deutliche Abkehr vom Usus in der bisherigen Nachkriegszeit, galten doch gerade die Deutschen als Musterpazifistinnen und -pazifisten. Nicht umsonst hat die ausgesprochene Zögerlichkeit der deutschen Haltung in der Außen- und Sicherheitspolitik nach der Wiedervereinigung als „German Angst“ Eingang in den internationalen Sprachschatz gefunden. Dabei stellt sich die Frage, ob das bisherige Leitmotiv in der deutschen Sicherheitspolitik tatsächlich Ausdruck eines deutschen Sonderwegs ist oder vielleicht nicht doch weitverbreiteter als gedacht.

Florence Gaubb, stellvertretende Direktorin des Instituts der Europäischen Union für Sicherheitsstudien, sieht in diesem Zusammenhang nicht allein Deutschland, sondern Europa als Ganzes in einer Sonderrolle und verweist darauf, dass die Europäerinnen und Europäer insgesamt an ein Ende der Gewalt in den internationalen Beziehungen und gleichsam an das „Herannahen eines ewigen Friedens“ geglaubt haben. Europäerinnen und Europäer hätten gleichsam eine Berührungsangst vor Gewalt entwickelt, die sich sicherheitspolitisch nicht erst jetzt zu einem Problem entwickelt.

Schließlich ist die Gewalt nicht aus der Welt gewichen, so wie es sich die Europäerinnen und Europäer erhofft hatten: „Das Problem ist nicht, dass Europa nicht recht hätte mit seinem Ansatz. Das Problem ist, dass es ziemlich allein damit ist. (...) Europas Militärs bereiteten sich auf Stabilisierungseinsätze und Friedensmissionen vor, nicht auf Krieg.“⁹

Gaubb führt die These des US-amerikanischen Psychologen Steven Pinker an, der überzeugt war, eine zunehmende, moralisch vermittelte Selbstkontrolle der Menschen und ihre Vernunft würden zu einem Verschwinden von Gewalt und damit letztendlich auch des Krieges selbst führen.¹⁰ Er geht von einem geschichtsphilosophisch wirkenden Prozess der Zivilisation aus: Gewaltlosigkeit als natürlich eintretender Endpunkt der Entwicklung der menschlichen Gesellschaften.

Besonders nachdrücklich vertrat die These „vom Ende der Geschichte“ der US-amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama unmittelbar nach dem Ende des Kalten Krieges.¹¹ Er sah im Zusammenbruch der UdSSR und dem Scheitern des Sozialismus den Beleg dafür, dass sich die Prinzipien von Liberalismus, Demokratie und Marktwirtschaft überall auf der Welt und endgültig durchsetzen würden. Mit dem Sieg des „westlichen Modells“ sei somit der Endpunkt der Geschichte gekommen, weil das Antriebsmoment des Kampfes um Anerkennung für das beste Gesellschaftsmodell zum Erliegen gekommen sei. Der Endpunkt der Geschichte ist damit eine Art existenzieller Verflachung, die die Anreize gewaltsamer, kriegerischer Auseinandersetzungen verringert. Die Geschichte hat diese These, die Hoffnungen aus der Zeit des Endes des Kalten Krieges, nunmehr jedoch widerlegt. Fukuyama argumentierte dabei ganz in der Tradition des deutschen Idealismus, in der Tradition Hegels und Marx'. Vielleicht ist es insofern auch der Wirkmächtigkeit des ideengeschichtlichen Vermächtnisses in Deutschland geschuldet, dass gerade hier eine „Idealpolitik“ so lange einer Realpolitik vorgezogen wurde.

Steven Pinker lehnt sich in seiner Studie über das Verschwinden der Gewalt stark an Norbert Elias' *Prozess der Zivilisation* (1988/1990) an. Laut Elias führt zunehmende Selbstkontrolle im Rahmen dieses Prozesses unter anderem zu einem Rückgang der Gewaltbereitschaft Einzelner insbesondere gegenüber Mitgliedern der eigenen

Gesellschaft, also zum Rückgang der Gewalt im öffentlichen Leben. In der Tat lässt sich in Europa seit dem späten Mittelalter ein bis heute andauernder, langfristiger Rückgang von Tötungsdelikten feststellen, die Empirie spricht eher für Elias als für Fukuyama.¹² Elias jedoch denkt nicht geschichtsphilosophisch wie dieser, sondern analytisch. Der Prozess der Zivilisation ist für ihn insofern nicht unumkehrbar. Vielmehr sieht er die Möglichkeit einer Entzivilisierung, sobald die den Zivilisationsprozess stützenden Interdependenzketten brechen. „Wir sind uns kaum noch dessen bewusst, wie schnell das, was wir unsere ‚Vernunft‘ nennen, wie schnell diese relativ langfristige, triebbeherrschte und differenzierte Steuerung unseres Verhaltens abbröckeln oder zusammenbrechen würde, wenn sich die Angstspannung in uns und um uns veränderte (...)“.¹³

Die Bewahrung von Verteidigungsfähigkeit, so könnte man argumentieren, basiert auf der Einsicht, dass Friedensordnungen nicht zwangsläufig auf Ewigkeit gebaut sind und die Möglichkeit eines nicht durch Verhandlungen einhegbaren Aggressors immer besteht. Die gerade in Deutschland geschichtsphilosophisch begründete Ignoranz gegenüber Gewalt in den internationalen Beziehungen hat die Politik blind gegenüber diesen Feinden der offenen Gesellschaft gemacht. Für Europa gilt die gleiche Tendenz, Deutschland tat sich aber besonders schwer, diese Einsicht zuzulassen.

Folgt man der politischen Debatte, so scheint seit Scholz' Zeitenwende tatsächlich so etwas wie ein Polsprung im deutschen sicherheitspolitischen Kompass stattgefunden zu haben. Exemplarisch unterstreicht dies Bundeskanzler Scholz in seiner Rede zum 1. Mai 2022. Er sagte: „Ich respektiere jeden Pazifismus. Ich respektiere jede Haltung. Aber es muss einem Bürger der Ukraine zynisch vorkommen, wenn ihm gesagt wird, er solle sich gegen die putinsche Aggression ohne Waffen verteidigen. Das ist aus der Zeit gefallen.“¹⁴ Man kann diese Aussage als deutliches Bekenntnis zur Realpolitik interpretieren. Idealpolitik hat sich in Anbetracht der jüngsten russischen Aggression als moralisch zweifelhaft gezeigt und deshalb muss ihr heute abgeschworen werden.

Lernprozesse im politischen Diskurs?

Es scheint, als habe in der deutschen Politik ein Umdenken stattgefunden. Gleichwohl scheint die Rhetorik stärker als der Tatendrang zu sein. So beklagt der Grünenpolitiker Ralf Fücks, man habe „den Eindruck, die Regierung und vor allem das Kanzleramt bewegt sich nur zentimeterweise und nur auf Druck. Der Druck der deutschen Öffentlichkeit, aber vor allem Druck unserer internationalen Verbündeten“¹⁵ und dass ein „Lernprozess“ insofern auch nicht wirklich erkennbar wäre. Warum gerade die deutsche Sozialdemokratie beziehungsweise einflussreiche Teile hiervon in der Ukraine-Frage so zögerlich wirken, wäre Anlass für eine eigene Untersuchung. Die Wirkmächtigkeit bestimmter Grundüberzeugungen zur Verteidigungs- und Sicherheitspolitik in Verbindung mit dort traditional starken Beziehungen zu Russland, wie sie beispielsweise auch in der Haltung von Altbundeskanzler Gerhard Schröder kulminieren, spielen augenscheinlich eine große Rolle.¹⁶ Interessant ist jedoch der Hinweis von Ralf Fücks auf den Druck der deutschen Öffentlichkeit, ohne den die Bundesregierung nicht die Position eingenommen hätte, die sie aktuell vertritt. Man könnte hieraus schließen, die Haltung der deutschen Öffentlichkeit ist deutlich stärker an einer „realistischeren“ Verteidigungs- und Sicherheitspolitik interessiert als manche Teile der politischen Eliten dieses Landes. Die im Vergleich zur SPD deutlich progressivere Haltung der Grünen gerade in Bezug auf die Ukraine deckt sich hingegen mit den Ansichten des eigenen Elektors. So bekannte Anton Hofreiter im bereits zitierten Interview im WDR: „Das zeigen auch die Umfragen, dass die Anhängerinnen und Anhänger der Grünen am stärksten die Position unterstützen, dass man der Ukraine stark helfen muss – und auch mit schweren Waffen stark helfen muss.“¹⁷

Interpretiert man die Entscheidung für oder gegen die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine als Gretchenfrage über die gewünschte real- oder idealpolitische Fundierung der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, lässt sich im Laufe des Krieges in der Ukraine eine durchaus signifikante Veränderung feststellen. So lehnte in den monatlichen Umfragen des ZDF-Politikbarometers im März 2022 noch eine deutliche Mehrheit (63 Prozent) eine Lieferung schwerer Waffen ab, war im April 2022 hingegen eine Mehrheit dafür (56 Prozent) und unterstützte damit auch die entsprechende

Die Bevölkerung
jedenfalls wird diesen
Weg zu größerer Ver-
teidigungsfähigkeit
auch auf technologi-
schem Gebiet mitge-
hen, wenn die Politik
dieser größeren Ver-
antwortung gerecht
wird.

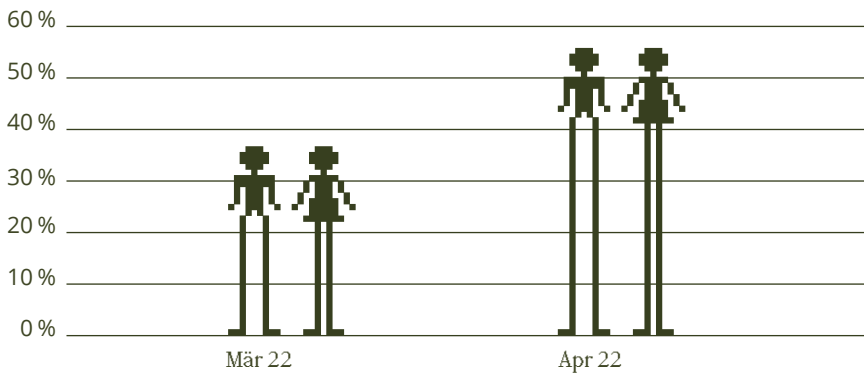


Abbildung 1: Zustimmung der Bevölkerung zur Lieferung schwerer Waffen aus Deutschland. Quelle: ZDF Politbarometer, April 2022.

Entscheidung des Deutschen Bundestages vom 28. April 2022.¹⁸ Dabei ging eine Mehrheit der befragten Bürgerinnen und Bürger sehr wohl davon aus, dass durch eine Lieferung schwerer Waffen die Gefahr eines russischen Angriffs auf westliche Staaten steigen würde (59 Prozent). Aus diesen demoskopischen Momentaufnahmen darf aber nicht zu viel abgeleitet werden, denn die erfassten Meinungsbilder sind zu sehr von tagespolitischen Effekten überlagert und insofern variabel. Beispielsweise ist die Unterstützung der Lieferung schwerer Waffen nach einer Umfrage des ARD-DeutschlandTrends ebenfalls vom April 2022 mit nur 45 Prozent deutlich geringer und genauso hoch wie der Anteil derjenigen, die eine solche Lieferung ablehnen.¹⁹ Die Anhängerinnen und Anhänger der SPD sind in dieser Umfrage genauso gespalten wie die deutsche Bevölkerung insgesamt (45 Prozent dafür, 46 Prozent dagegen). Unionsanhängerinnen und -anhänger sind eher für eine solche Lieferung (53 Prozent). Deutlich für eine Unterstützung der Ukraine mit schweren Waffen ist hingegen nur das Elektorat von FDP (70 Prozent) und Grünen (67 Prozent). Dies erklärt zum Teil auch, warum insbesondere die Politikerinnen und Politiker von FDP und Grünen sich so vehement für eine auch militärische Unterstützung der Ukraine einsetzen.

Koppelt man diese Befunde jedoch zurück an weitere Untersuchungen des sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbildes in Deutschland, wird ein stabiler Grundkonsens deutlich, der als Indiz einer starken gesellschaftlichen Akzeptanz von

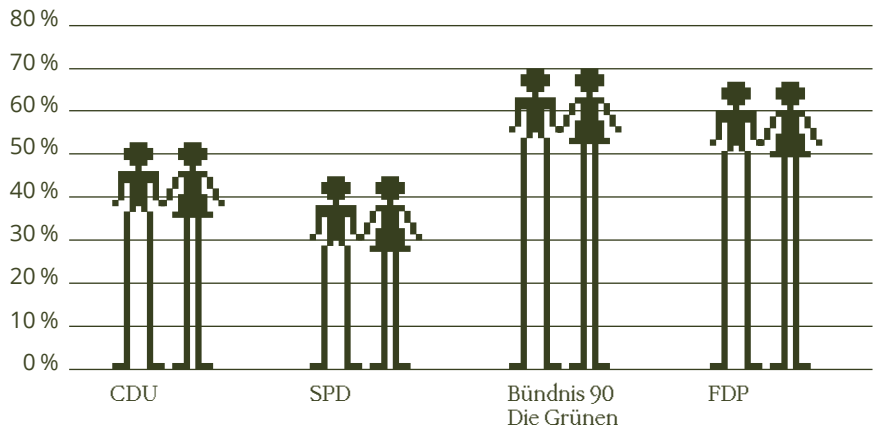


Abbildung 2: Zustimmung zur Lieferung schwerer Waffen nach Parteien.
Quelle: ARD Deutschlandtrend, April 2022.

Verteidigungsbereitschaft gesehen werden kann, auch unabhängig vom gegenwärtigen Krieg in der Ukraine. Die Untersuchungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) zeigen eine seit Jahren hohe Wertschätzung für die Bundeswehr durch die deutsche Bevölkerung. In der letzten Umfrage 2021 äußerten 83 Prozent der Bevölkerung eine positive Einstellung gegenüber der Bundeswehr.²⁰ Dieser Anteil ist dabei seit einigen Jahren gestiegen und mit der höchste Wert, der in diesem Jahrtausend für die Bundeswehr ermittelt werden konnte. 74 Prozent halten die Bundeswehr für wichtig für Deutschland.²¹ Wichtig ist die Bundeswehr deshalb, weil sie zentraler Baustein der Verteidigungsfähigkeit von Land und Bündnis ist. So sagen 86 Prozent der Befragten, die Bundeswehr sollte eingesetzt werden, um einen militärischen Angriff auf Deutschland abzuwehren. Der Aufgabe, gegen Länder militärisch vorzugehen, die Deutschland bedrohen, stimmen 74 Prozent zu. Im Falle, einem angegriffenen Verbündeten zu helfen, sind es 72 Prozent; um einem bedrohten Verbündeten zu helfen, sind es 70 Prozent.²²

Für die deutsche Öffentlichkeit ist die Bundeswehr vor allem da, um das Land zu verteidigen. Der Grundkonsens zur Verteidigungsfähigkeit Deutschlands ist also in breitem Maße vorhanden, und die Umfragedaten zeigen auch, dass dieser Grundkonsens seit Jahren stabil ist. Gestärkt wird dieser von der Bedrohungswahrnehmung. Wird also die Sicherheit Deutschlands als bedroht betrachtet, steigt die Zustimmung

Zustimmung zum Einsatz der Bundeswehr um:

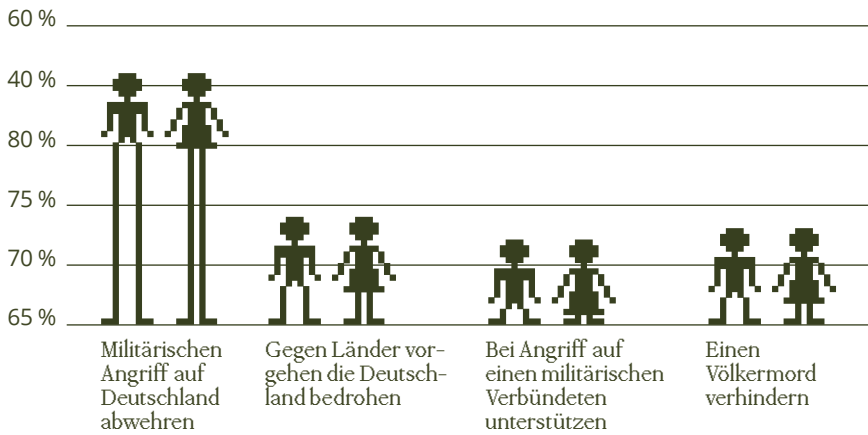


Abbildung 3. Quelle: Graf et al. 2022, S. 228 ff. u. S. 238.

der Bevölkerung zu den Aufgabenbereichen der Landes- und Bündnisverteidigung. Die Wahrnehmung einer strategischen Bedrohung durch Russland erhöht den Befunden des ZMSBw zufolge diese Zustimmung ganz konkret.²³

Verteidigungsfähigkeit darf auch als Wehrhaftigkeit im engeren Sinne verstanden werden. Nach der Erhebung des ZMSBw stimmen 84 Prozent dem Einsatz von Waffengewalt als äußerstem Mittel durch die Bundeswehr zu, um einen militärischen Angriff auf Deutschland abwehren zu können. Um einen Völkermord zu verhindern (73 Prozent) und einem angegriffenen Verbündeten zu helfen (69 Prozent), sind die Zustimmungswerte nur geringfügig geringer.²⁴ Angesichts dieser hohen Werte schließen die Autoren der Studie, dass Politik und Wissenschaft irrtümlicherweise von einer hohen, durchgehenden pazifistischen Grundhaltung der Bevölkerung ausgehen würden, und bestätigen expressis verbis die These Patrick Kellers, Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Politik und Fachwelt überschätzten eben diese pazifistische Grundhaltung in hohem Maße.²⁵ Die feststellbare Zögerlichkeit Deutschlands in Fragen der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik hat ihre Ursachen also eher in den Werthaltungen der Eliten und deren (falschen) Beurteilung der Bevölkerungsmeinung als in den tatsächlichen Werthaltungen der breiten Bevölkerung.

Sollte der deutsche Verteidigungs-
haushalt weiter steigen?

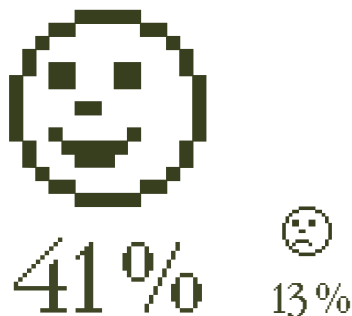


Abbildung 4. Quelle: Graf et al. 2022, S. 212 ff. u. S. 217 f.

Soll sich der Personalumfang
der Bundeswehr erhöhen?

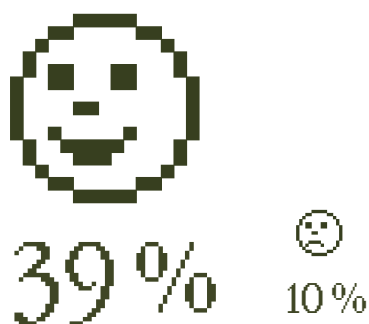


Abbildung 5. Quelle: Graf et al. 2022, S. 212 ff. u. S. 217 f.

Vergleicht man dies mit der langjährigen Debatte um den Aus-rüstungsstand der Bundeswehr, wird diese Zögerlichkeit aufseiten der Politik deutlich sichtbar. Ab 2014, mit der Annexion der Krim durch Russland und dem Auftreten des sogenannten Islamischen Staates, wandelte sich die öffentliche Meinung in Bezug auf die finanzielle und personelle Ausstattung der Bundeswehr. Mit der breiten Wahrnehmung einer großen äußeren Bedrohung der Sicherheit Deutschlands stimmte jetzt eine (relative) Mehrheit wachsenden Verteidigungsausgaben zu. In der aktuellen Bevölkerungsumfrage des ZMSBw stimmen 41 Prozent der Bevölkerung für eine weitere Steigerung der Verteidigungsausgaben und nur 13 Prozent für eine Verringerung. 39 Prozent sprechen sich dafür aus, den Personalumfang der Bundeswehr zu erhöhen, nur zehn Prozent sind für eine Reduzierung.²⁶ Zwar sind die Verteidigungsausgaben seit 2017 kontinuierlich etwas erhöht worden, der Umfang des Verteidigungshaushalts lag 2021 aber nach wie vor deutlich unter den NATO-Zielvorgaben von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die öffentliche Meinung zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik erweist sich also auch hier als weniger zögerlich als die Haltungen der politischen Eliten.

Fazit

Sollte die Ankündigung von einer sicherheits- und verteidigungs-politischen Zeitenwende ernst gemeint sein, würde die Bevölkerung diesen Weg zu größerer Verteidigungsfähigkeit und damit letztendlich auch der Übernahme größerer außenpolitischer Verantwortung bereitwillig mitgehen. Die Politik könnte auf den gesellschaftlichen Grundkonsens der Akzeptanz von Verteidigungsbereitschaft aufbauen. Sie agiert allerdings noch recht zögerlich. Der Grünenpolitiker Ralf Fücks meint, die graduellen Verschiebungen könnte man „auch als Lernprozess darstellen, wenn er denn als solcher auch wirklich erkennbar wäre“.²⁷ Der angekündigte Paradigmenwechsel in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist bisher vor allem eines: angekündigt. Sieht man von der doch immer stärker werdenden militärischen Unterstützung der Ukraine ab, die aktuell sichtbarster Ausdruck dieses Paradigmenwechsels ist, ist noch unklar, wie und in welchem Maße sich die Zeitenwende tatsächlich auf die Bundeswehr und damit auf die Verteidigungsfähigkeit dieses Landes auswirken wird. Die Wahrnehmung von Künstlicher Intelligenz als wichtige Zukunftstechnologie, die zurückgehende Skepsis und zunehmende Aufgeschlossenheit gegenüber modernen Technologien im Allgemeinen unterstreicht in diesem Zusammenhang die Wichtigkeit, die Digitalisierung der Bundeswehr kompetent voranzutreiben und so die Leistungs- und Verteidigungsfähigkeit der Streitkräfte nachhaltig zu stärken.

Die Bevölkerung jedenfalls wird diesen Weg zu größerer Verteidigungsfähigkeit auf technologischem Gebiet und der Übernahme größerer außenpolitischer Verantwortung bereitwillig mitgehen, wenn die Politik dieser größeren Verantwortung gerecht wird. Für die politische Kommunikation heißt dies, die Herausforderungen unserer Zeit klar zu benennen und eine lösungsorientierte Politik zu präsentieren, statt in die Muster einer aus der Zeit gefallenen Idealpolitik zurückzufallen. Die Öffentlichkeit ist aufgeklärter und auch bei kritischen, existenziellen Themen Argumenten zugänglicher als weite Teile der politischen Akteure dies manchmal meinen. Dies gilt auch für die Themenkomplexe der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik.

- 1 Deutscher Bundestag (2015): Plenarprotokoll 18/103 vom 7.5.2015. <https://dserver.bundestag.de/btp/18/18103.pdf> (letzter Aufruf: 28.9.2022).
- 2 Scholz, Olaf (2022a): Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/regierungserklaerung-von-bundeskanzlerolaf-scholz-am-27-februar-2022-2008356> (letzter Aufruf: 28.9.2022).
- 3 Bundesministerium der Verteidigung (2021): Dritter Bericht zur digitalen Transformation des Geschäftsbereichs BMVg, Bundesministerium der Verteidigung, 22.4.2021. <https://www.bmvg.de/resource/blob/5060250/6f695b7797b03986dd6eabf9946b5a38/download-3-digitalbericht-data.pdf> (letzter Aufruf: 28.9.2022).
- 4 European Center for Digital Competitiveness (Hrsg.): Digitalreport 2022, S. 22. <https://digitalcompetitiveness.eu/wp-content/uploads/Digital-report2022.pdf> (letzter Aufruf: 28.9.2022).
- 5 Ebd. S. 14.
- 6 Deutsche Akademie der Technikwissenschaften, Körber-Stiftung, Universität Stuttgart (Hrsg.) (2022): Technikradar 2022, S. 13. <https://www.acatech.de/publikation/technikradar-2022/downloadpdf?lang=de> (letzter Aufruf: 28.9.2022).
- 7 Ebd. S. 16.
- 8 WDR (2022). Hofreiter zur Ukraine: „Keine andere Möglichkeit“ als schwere Waffen, 29.4.2022. <https://www1.wdr.de/nachrichten/anton-hofreiter-meinungswechsel-waffenlieferungen-100.html> (letzter Aufruf: 28.9.2022).
- 9 Gaubb, Florence (2022). Von wegen ewiger Frieden. Europa muss sein Verhältnis zur Gewalt überdenken, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.4.2022, S. 11.
- 10 Pinker, Steven (2011). *The Better Angels of our Nature. Why Violence has declined*, New York.
- 11 Fukuyama, Francis (1989). *The End of History?*, in: *National Interest*, no. 16, S. 3-18. Fukuyama, Francis (1992). *The End of History and the Last Man*, New York.
- 12 Eisner, Manuel (2003). *Long-Term Historical Trends in Violent Crime*, in: *Crime and Justice*, vol. 30, S. 83-142.
- 13 Elias, Norbert (1988/1990): *Über den Prozess der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen*, 2 Bde., Frankfurt am Main: Suhrkamp, S.444 f.
- 14 Scholz, Olaf (2022b). Rede von Bundeskanzler Olaf Scholz anlässlich DGB-Kundgebung zum Tag der Arbeit, Düsseldorf, 1. Mai. 2022
- 15 Heuser, Olaf (2022). Das politische Rätsel der „Zeitenwende“, in: *Spiegel Online*, 27.4.2022.
- 16 Ulrich, Bernd (2022). Die Russlandobsession der Sozialdemokraten, in: *Die Zeit*, 18.1.2022.
- 17 WDR (2022). Hofreiter zur Ukraine: „Keine andere Möglichkeit“ als schwere Waffen, 29.4.2022.
- 18 ZDF (2022). ZDF-Politbarometer vom 29.4.2022. Deutscher Bundestag (2022). Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine, in: *hib (heute im Bundestag)* 198/2022, 28.4.2022.
- 19 ARD (2022). ARD-DeutschlandTrend vom 28.4.2022.
- 20 Graf, Timo et al. (2022). Sicherheits- und Verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2021. Forschungsbericht 131, Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr.
- 21 Ebd. S.126 ff.

22 Ebd. S. 228 ff.

23 Ebd. S. 235.

24 Ebd. S. 238.

25 Ebd. S. 239. Keller, Patrick (2021). Was Afghanistan uns lehrt, in: Internationale Politik 76 (1), S. 92-96.

26 Graf, Timo et al. (2022). Sicherheits- und Verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2021. Forschungsbericht 131, Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, S. 212 ff., 217 f.

27 Heuser, Olaf (2022): Das politische Rätsel der „Zeitenwende“. In: Spiegel Online vom 27.4.2022. <https://www.spiegel.de/ausland/podcast-das-politische-raetselder-zeitenwende-a-11330db3-ec2d-42a5-834f-1de28aac6c3c> (letzter Aufruf: 28.9.2022).

Literatur

ARD (2022): ARD-DeutschlandTrend vom 28.4.2022. <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-2991.html> (letzter Aufruf: 28.9.2022).

Bundesministerium der Verteidigung (2021): Dritter Bericht zur digitalen Transformation des Geschäftsbereichs BMVg, Bundesministerium der Verteidigung, 22.4.2021. <https://www.bmvg.de/resource/blob/5060250/6f695b7797b03986dd6eabf9946b5a38/download-3-digitalbericht-data.pdf> (letzter Aufruf: 28.9.2022).

„Wir sind doch von Freunden umzingelt“. Johannes Rau über seine Lehren aus dem 8. Mai 1945, den rheinischen Kapitalismus und unsere Rolle in Europa. In: *Der Tagesspiegel* vom 8.5.2005. <https://www.tagesspiegel.de/politik/wir-sind-doch-von-freunden-umzingelt-johannes->

[rau-ueber-seine-lehren-aus-dem-8-mai-1945-/606854.html](https://www.tagesspiegel.de/politik/wir-sind-doch-von-freunden-umzingelt-johannes-rau-ueber-seine-lehren-aus-dem-8-mai-1945-/606854.html) (letzter Aufruf: 28.9.2022).

Deutsche Akademie der Technikwissenschaften, Körber-Stiftung, Universität Stuttgart (Hrsg.) (2022): Technikradar 2022. <https://www.acatech.de/publikation/technikradar-2022/download-pdf?lang=de> (letzter Aufruf: 28.9.2022).

Deutscher Bundestag (2015): Plenarprotokoll 18/103 vom 7.5.2015. <https://dserver.bundestag.de/btp/18/18103.pdf> (letzter Aufruf: 28.9.2022).

Deutscher Bundestag (2022): Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine. In: *hib* (Heute im Bundestag) 198/2022 vom 28.4.2022. <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-891744> (letzter Aufruf: 28.9.2022).

Eisner, Manuel (2003): Long-Term Historical Trends in Violent Crime, in: *Crime and Justice*, vol. 30, S. 83–142. Chicago: The University of Chicago. <https://www.vrc.crim.cam.ac.uk/system/files/documents/manuel-eisner-historical-trends-in-violence.pdf> (letzter Aufruf: 28.9.2022).

Elias, Norbert (1988/1990): Über den Prozess der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. 2 Bde., Frankfurt am Main: Suhrkamp.

European Center for Digital Competitiveness (Hrsg.) (2022): Digitalreport 2022. Berlin. <https://digitalcompetitiveness.eu/wp-content/uploads/Digitalreport2022.pdf> (letzter Aufruf: 28.9.2022).

Fukuyama, Francis (1989): The End of History? In: *National Interest* 16, S. 3–18.

Fukuyama, Francis (1992): *The End of History and the Last Man*. New York: Free Press.

Gaubb, Florence (2022): Von wegen ewiger Frieden. Europa muss sein Verhältnis zur Gewalt überdenken. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 28.4.2022, S. 11.

Graf, Timo/Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Scherzer, Joel (2022): Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2021. Forschungsbericht 131. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr. <https://opus4.kobv.de/opus4-zmsbw/files/519/08179147.pdf> (letzter Aufruf: 28.9.2022).

Heuser, Olaf (2022): Das politische Rätsel der „Zeitenwende“. In: *Spiegel Online* vom 27.4.2022. <https://www.spiegel.de/ausland/podcast-das-politische-raetsel-der-zeitenwende-a-11330db3-ec2d-42a5-834f-1de28aac6c3c> (letzter Aufruf: 28.9.2022).

Keller, Patrick (2021): Was Afghanistan uns lehrt. In: *Internationale Politik* 76 (1), S. 92–96.

Pinker, Steven (2011): *The Better Angels of Our Nature. Why Violence Has Declined*. New York: Viking Books.

Scholz, Olaf (2022a): Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-am-27-februar-2022-2008356> (letzter Aufruf: 28.9.2022).

Scholz, Olaf (2022b): Rede von Bundeskanzler Olaf Scholz anlässlich der DGB-Kundgebung zum Tag der Arbeit, Düsseldorf, 1. Mai 2022. <https://olaf-scholz.spd.de/aktuelles/interviews-reden/rede-zum-1-mai-2022/> (letzter Aufruf: 28.9.2022).

Ulrich, Bernd (2022): Die Russland-obsession der Sozialdemokraten. In: *Die Zeit* vom 18.1.2022. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-01/>

[spd-russlandpolitik-olaf-scholz-wladimir-putin-gaspipeline](https://www.spd.de/russlandpolitik-olaf-scholz-wladimir-putin-gaspipeline) (letzter Aufruf: 28.9.2022).

WDR (2022): Hofreiter zur Ukraine: „Keine andere Möglichkeit“ als schwere Waffen, 29.4.2022. <https://www1.wdr.de/nachrichten/anton-hofreiter-meinungswechsel-waffenlieferungen-100.html> (letzter Aufruf: 28.9.2022).

ZDF (2022): ZDF-Politbarometer vom 29.4.2022. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/politbarometer-ukraine-krieg-waffenlieferung-scholz-baerbock-habeck-100.html> (letzter Aufruf: 28.9.2022).